



Niederschrift Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 26.09.2017
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	20:25 Uhr
Ort, Raum:	Bürgersaal des Stadthauses
Sitzungsnummer	HFA/013/17

- 1 Bericht des Magistrats
- 1.1 Tag der Vereine am 16.09.2017
- 1.2 Dienstreise des Bürgermeisters nach Bar-sur-Aube
- 1.3 1. Spatenstich Neubau Feuerwehrgerätehaus Allmendfeld
- 1.4 Radwegeneubau entlang Berleweg als Verbindung zum Stadtteil Allmendfeld
- 1.5 Sitzung der Magistratskommission am 18.09.2017
- 1.6 Luftbildaufnahmen
- 1.7 Dank an die Wahlhelfer
- 2 Beratung und Feststellung des Waldwirtschaftsplans für den Stadtwald Gernsheim für das Haushaltsjahr 2018
Beschluss durch Magistrat am 06.09.2017
Vorlage: 0185/S/17
- 3 Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für Elektromobile im neuen Baugebiet Ringstraße 2, 2. Abschnitt
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.06.2017, eingegangen am 27.06.2017
Vorlage: 0160/S/17
- 4 Hochwasserschutz in Klein-Rohrheim
Resolution der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Klein-Rohrheim vom 29.06.2017, eingegangen am 03.07.2017
Vorlage: 0162/S/17
- 5 Initiative zur Förderung der E-Mobilität durch Kontaktaufnahme mit Handel und Gewerbe
Antrag der CDU-Fraktion vom 19.08.2017, eingegangen am 21.08.2017
Vorlage: 0197/S/17
- 6 Kostenschätzung/Kostenermittlung eines Neubaus der Stützpunktfeuerwache Gernsheim an einem anderen Standort
Prüfantrag der FWG vom 25.08.2017, eingegangen am 28.08.2017 sowie

Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 13.09.2017, eingegangen am 14.09.2017

Vorlage: 0200/S/17

- 7 Behindertengerechte Toiletten im Stadtgebiet
Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 29.08.2017, eingegangen am 31.08.2017
Vorlage: 0201/S/17
- 8 Beschleunigte Lösungsvorschläge gegen LKW-Lärmbelästigung der Anwohner in der Wormser Straße
Resolutionsantrag der CDU-Fraktion vom 29.08.2017, eingegangen am 31.08.2017
Vorlage: 0202/S/17
- 9 Belastung des Rheinwassers mit multiresistenten Keimen; Prüfung einer vierten Klärstufe
Antrag der SPD-Fraktion vom 01.09.2017, eingegangen am 06.09.2017
Vorlage: 0203/S/17
- 10 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim
Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung "Westlich der Andreas-Brentano-Straße" als Maßnahme der Innenentwicklung gem. § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
a) Vorstellung und Beratung des Bebauungsplan-Entwurfs,
b) Beratung und Beschlussfassung zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB
c) Beschlussfassung zur öffentlichen Auslegung des Planentwurfs mit Begründung
Vorlage: 0206/S/17

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Frau Vorsitzende Draut begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Frau Vorsitzende stellt fest, dass folgende Damen und Herren stimmberechtigt sind:

Für die CDU-Fraktion: Herr Trock, Herr Geiger, Frau Bonifer

Für die SPD-Fraktion: Frau Draut, Frau Moser

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Herr Bornhofen

Für die FDP-Fraktion: Frau Rittberger-Göbler

Herr Bürgermeister Burger beantragt, die Vorlage 0206/S/17 als Tagesordnungspunkt 10 neu auf die Tagesordnung zu nehmen und erläutert die Dringlichkeit dieser Vorlage.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

1 Bericht des Magistrats

1.1 Tag der Vereine am 16.09.2017

Am Samstag, dem 16.09.2017 fand von 10:00 bis 17:00 Uhr erneut der Tag der Vereine auf dem Schöfflerplatz statt. Angemeldet waren 32 Vereine, 31 Vereine waren anwesend. Die Caritas musste sich kurzfristig entschuldigen, da es auf Grund des Krankenstandes nicht möglich war, teilzunehmen.

Angeboten wurden rund sieben Stunden Programm auf der Bühne und vor der Historischen Feuerwehr. Ergänzt wurde dies durch Vorführungen im Verkehrsgarten.

Zahlreiche Gerichte und Getränke luden die Besucher zum Einkehren und Verweilen ein.

Die Stadtverwaltung stellte sämtliche Infrastruktur im Rahmen der Vereinsförderung kostenfrei zur Verfügung, es wurde weder Standgebühr noch ein Abschlag für Strom/ Wasser berechnet.

Als Giveaways wurden 250 mit einer Lasergravur versehene Äpfel zur Mitnahme für die Besucher ausgelegt.

Im Einsatz waren sieben Personen des Bauhofs, in den Morgenstunden und am Abend kurzzeitig zwei Personen der Wasserversorgung, der Betriebselektriker sowie eine Kraft des Ordnungsamtes (nur morgens) sowie ganztags in Schichten zwei Personen des Kulturamtes.

Die Bühnentechnik wurde von der Firma Dietz Eventtechnik aus Allmendfeld bereitgestellt.

Ebenso fand erneut das „Kreative Museum“ im Museum statt. Die Veranstaltung wurde gut angenommen und erfährt bisher ein positives Feedback.

1.2 Dienstreise des Bürgermeisters nach Bar-sur-Aube

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass er am Dienstag, 19.09.2017 anlässlich der Trauerfeier von M. Jean-Pierre Deon, der im Alter von 65 Jahren verstorben ist, in die Partnerstadt nach Bar-sur-Aube gereist sei. Herr Burger berichtet, dass

Herr Deon bereits seit 19 Jahren gemeinsam mit weiteren Radfahrern aus Barsur-Aube das Gernsheimer Fischerfest besuchte. Er wurde in diesem Jahr seitens der Stadt Gernsheim mit der Ehrennadel in Gold geehrt.

1.3 1. Spatenstich Neubau Feuerwehrgerätehaus Allmendfeld

Am Freitag, den 15.09.2017 fand in Gegenwart von ca. 60 geladenen Gästen der 1. Spatenstich für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses im Stadtteil Allmendfeld statt.

Nach der Begrüßung und umfassenden Einführung von Herrn Bürgermeister Peter Burger, der die besondere Wichtigkeit des ehrenamtlichen Engagements in der Freiwillige Feuerwehr besonders im Stadtteil Allmendfeld ausdrücklich lobte, erinnerte auch der Allmendfelder Wehrführer und stellv. Stadtbrandinspektor Stephan Pitzer an seine Erlebnisse in der Feuerwehr seit seinem Diensteintritt.

Weiterhin konnte der mit der Bauerrichtung betreute Architekt, Herr Kehl, aus Groß-Rohrheim die Gäste auf die Einzelheiten des Bauvorhabens hinweisen. Mit der Errichtung des ca. 1,4 Millionen Euro vorgesehenen Neubaus wird auch das überalterte Gebäude in Allmendfeld entbehrlich und die Feuerwehr mit einem Neubau in konventioneller Bauweise, einem ausreichenden Sozialbereich, einer Fahrzeughalle und einem Technikbereich umfassend ausgestattet werden.

Da ein Feuerwehrgerätehaus nicht jedes Jahr gebaut wird, ist dies insbesondere für den Stadtteil ein herausragendes Ereignis. Neu war, dass der obligatorische Spatenstich für die neue Baumaßnahme nicht von den sonst üblichen „Honorationen“ durchgeführt wurde, sondern dass die Mitglieder der Allmendfelder Jugendfeuerwehr, die die Hauptnutzer des neuen Gerätehauses in naher Zukunft sein werden, den Spatenstich vornahmen.

Nach dem Spatenstich wurde zu einem Imbiss im Nebenraum des Bürgerhauses Allmendfeld eingeladen.

1.4 Radwegeneubau entlang Berleweg als Verbindung zum Stadtteil Allmendfeld

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass seitens der Schöfferstadt Gernsheim eine Absage an Hessen Mobil für das Förderprogramm 2017 zur Errichtung eines Radweges als Verbindung zum Stadtteil Allmendfeld erfolgt sei, da es bei dem erforderlichen Grunderwerb zu Problemen komme. Es sei beabsichtigt, mit den verkaufswilligen Eigentümern Grundstückskaufverträge abzuschließen. Weiterhin ist eine Entscheidung zu treffen, ob ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet werden soll, um die Voraussetzungen für die Zulässigkeit eines Enteignungsverfahrens zu schaffen. Dies sei seitens der Stadtverordnetenversammlung in der nächsten Zeit zu entscheiden.

1.5 Sitzung der Magistratskommission am 18.09.2017

Herr Bürgermeister Burger berichtet, dass am 18.09.2017 eine Sitzung der Magistratskommission stattgefunden hat. In dieser Sitzung ging es schwerpunktmäßig um die Themenbereiche:
Umgestaltung Europagarten, Situation Baumbestand Stadthausplatz,

Neugestaltung Nepomuk, Neugestaltung Rosengarten, City-Tree-Programm, Neugestaltung "kleine Plätze". Bezüglich des in den Sommermonaten freitags stattgefundenen "Mobiles Weingut" besteht Einvernehmen, dass dieses Event auch in 2018 fortgeführt wird.

1.6 Luftbildaufnahmen

Herr Bürgermeister Burger berichtet, dass das Amt für Bodenmanagement mitgeteilt hat, dass die Befliegung i. S. Luftbildaufnahmen südlich von Darmstadt noch nicht stattgefunden hat. Die Befliegung konnte im September 2017 aufgrund der nicht optimalen Witterungsverhältnisse noch nicht erfolgen. Es wird deshalb vorgeschlagen, die Aufnahme der Luftbilder auf das Frühjahr 2018 zu verschieben.

1.7 Dank an die Wahlhelfer

Herr Bürgermeister Burger dankt allen Wahlhelfern, die durch ihr Engagement zum Gelingen einer reibungslosen Bundestagswahl beigetragen haben. Er übermittelt des Weiteren Dankesgrüße des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport.

2 Beratung und Feststellung des Waldwirtschaftsplans für den Stadtwald Gernsheim für das Haushaltsjahr 2018 Beschlissen durch Magistrat am 06.09.2017 Vorlage: 0185/S/17

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt den als Anlage beigefügten Waldwirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2018 für den Stadtwald Gernsheim.

Der Waldwirtschaftsplan schließt wie folgt ab:

ERGEBNISHAUSHALT

Erträge	EUR 180.294,00
Aufwendungen	EUR 168.030,00
Überschuss	<u>EUR 12.264,00</u>

FINANZHAUSHALT

Einzahlungen	EUR 0,00
Auszahlungen	EUR 0,00
	<u>EUR 0,00</u>

Die endgültige Regulierung erfolgt im Haushaltsplan 2018 der Schöfferstadt Gernsheim.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

3

Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für Elektromobile im neuen Baugebiet Ringstraße 2, 2. Abschnitt Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.06.2017, eingegangen am 27.06.2017 Vorlage: 0160/S/17

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird nachfolgender Antrag vorgelegt:

- „1. Der Magistrat wird beauftragt im Rahmen der Erschließung des neuen Wohnbaugebietes Ringstraße 2 zunächst eine Kostenermittlung für den flächendeckenden Aufbau einer Ladeinfrastruktur für E-Mobile zu erstellen.
2. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen in wie weit öffentliche Fördermittel gewonnen werden können um z.B. im Rahmen eines Pilotprojekts diese Ladeinfrastruktur zu verwirklichen.
3. Der Magistrat nimmt Kontakt zum Netzbetreiber Entega auf, um gemeinsam dieses Projekt anzugehen. Sollte die Entega kein Interesse bekunden, werden auch andere Anbieter, z.B. die GGEW Bensheim, angesprochen.
4. Nach Vorlage der unter 1-3 geprüften Punkte entscheidet die Stadtverordnetenversammlung über die endgültige Umsetzung.“

Nach ausführlicher Diskussion wird einvernehmlich vereinbart, die vier Punkte des Antrags getrennt abzustimmen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 1.: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 (Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : 5 (3 CDU, 2 SPD)
Enthaltung : 1 (FDP)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 2.: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 (Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : 5 (3 CDU, 2 SPD)
Enthaltung : 1 (FDP)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 3.: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 4.: Ablehnung

Ja-Stimmen : 1 (Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : 5 (3 CDU, 2 SPD)
Enthaltung : 1 (FDP)

Hochwasserschutz in Klein-Rohrheim
Resolution der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Klein-Rohrheim vom
29.06.2017, eingegangen am 03.07.2017
Vorlage: 0162/S/17

Seitens der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Klein-Rohrheim wird nachfolgende Resolution vorgelegt:

„Die Stadtverordnetenversammlung erklärt: Die Ausführungen des RP Darmstadt (RP) zum Hochwasserschutz durch Deiche (Schreiben vom 26.10.2016) sind in jeder Hinsicht unbefriedigend. Das Land Hessen entzieht sich seiner Verpflichtung; die Kommune und die betroffenen Eigentümer werden einseitig belastet.

Besonders schwerwiegend ist, dass durch die Ausführungen "Vermeidung zukünftiger Schadenspotentiale" die Ortsentwicklung erheblich beeinträchtigt und der Neubau in Klein-Rohrheim weitgehend verhindert werden.

Die Antwort des RP auf die Sachstandsanfrage des Ortsbeirates zur Eindeichung Klein-Rohrheim zeigt, dass das RP als zuständige Flussgebietsbehörde die Kosten für den Deichbau als nicht angemessen und nicht wirtschaftlich erachtet. Ferner führt das RP aus, dass ein technischer Hochwasserschutz im Sinne eines absoluten Hochwasserschutzes wirtschaftlich nicht umsetzbar ist; obgleich bereits 115 Km Deiche gebaut bzw. saniert wurden - nur in Klein-Rohrheim nicht. Das RP formuliert im Sinne eines Hochwasserrisikomanagements Möglichkeiten, die vorhandenen Risiken im Ortsteil Klein-Rohrheim festzustellen, zu minimieren und Schäden zu vermeiden. Die vier genannten wesentlichen Handlungsbereiche und -ansätze (Stadtplanung, Gefahrenabwehr / Ereignisvorsorge, Objektschutz, externe Expertise) sind ausschließlich eigenverantwortlich (Kommune und / oder betroffene Eigentümer) und auf deren eigene Kosten ausgelegt. Eine Beteiligung durch das Land, vertreten durch das RP geschieht ausschließlich beratend. Der Hochwasserschutz und die damit verbundenen Kosten werden damit ausschließlich auf die Kommune und die betroffenen Eigentümer verlagert.

Das Land, vertreten durch das RP als zuständige Behörde für den Hochwasserschutz, wird nach unserer Auffassung seiner hoheitlichen Aufgabe nicht gerecht. Die individuellen Sach- und Personenschäden bei eintretendem Hochwasser werden unverhältnismäßig gering erfasst bzw. berücksichtigt.

In den Ausführungen des RP vermissen wir zumindest eine Gegenüberstellung der verschiedenen denkbaren Deichlinien. Ein wirksamer Schutz könnte bereits mit ca. 1200 m Deichbau erreicht werden.

Vor dem Hintergrund des am 18.05.2017 beschlossenen Hochwasserschutzgesetz II und den im Vorblatt dazu gemachten Ausführungen sind die Aussagen des RP noch weniger nachvollziehbar.

"Ziel (...) ist es insbesondere,

- Vorschriften zu schaffen, die die Verfahren für die Planung, die Genehmigung und den Bau von Hochwasserschutzanlagen - so weit wie möglich und sinnvoll - erleichtern und beschleunigen, ohne die Beteiligung der Öffentlichkeit zu beschneiden, Gerichtsverfahren gegen geplante und genehmigte Hochwasserschutzmaßnahmen - so weit wie möglich und sinnvoll - zu beschleunigen,

- zusätzliche Vorschriften zu schaffen, die dazu beitragen, die Entstehung von Hochwasser einzudämmen,

- Regelungslücken zu schließen, um Schäden durch Hochwasser zu verhindern

oder zu vermindern."

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**5 Initiative zur Förderung der E-Mobilität durch Kontaktaufnahme mit Handel und Gewerbe
Antrag der CDU-Fraktion vom 19.08.2017, eingegangen am 21.08.2017
Vorlage: 0197/S/17**

Seitens der CDU-Fraktion wird nachfolgender Antrag vorgelegt:

"Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird gebeten, mit den in Gernsheim ansässigen Betreibern von z.B. Supermärkten und Tankstellen Kontakt aufzunehmen, um die Bereitschaft zu erfragen und diese zu bewegen, auf deren Grundstücken private Ladestationen für Elektro-Fahrzeuge zu errichten."

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 2 (SPD)

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass die Eröffnung der dritten E-Tankstelle "Im Rosengarten" am 19.10.2017 um 10:00 Uhr erfolgen wird. Aus der Stadtverordnetenversammlung wird angeregt, Hotelbetriebe mit abzufragen; dies wird zugesagt.

**6 Kostenschätzung/Kostenermittlung eines Neubaus der Stützpunktfeuerwache Gernsheim an einem anderen Standort
Prüfantrag der FWG vom 25.08.2017, eingegangen am 28.08.2017
sowie Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 13.09.2017, eingegangen am 14.09.2017
Vorlage: 0200/S/17**

Seitens der FWG wird nachfolgender Prüfantrag vorgelegt:

„Nach der Projektvorstellung zur Modernisierung/Ertüchtigung der Stützpunktfeuerwache Gernsheim durch Frau Sabine Preuk am 21.08.2017 besteht Klärungsbedarf zur weiteren Vorgehensweise.

Deshalb ist auch zu prüfen, ob ein Neubau der Stützpunktfeuerwache Gernsheim unter Berücksichtigung eines neuen Standortes und in Verbindung mit einer zentralen Zusammenlegung anderer Rettungsdienste (DRK, DLRG) und Polizei langfristig zu einer höheren Kosteneinsparung führt.

Die geplante Dauer der Modernisierung von voraussichtlich 5 Jahren wirft weitere Fragen zur uneingeschränkten Betriebsfähigkeit auf.

Sind während des Umbaus Einrichtungen wie z. Bsp. die Benutzung der Duschen ohne Einschränkungen nutzbar?

Weiterhin ist zu ermitteln wie der derzeitige bauliche Zustand des Gebäudes ist, der nicht in die Modernisierung einbezogen wird.

Ist die vorhandene Gebäudeinfrastruktur z. Bsp Wasser, Abwasser, Strom etc. den neuen Anforderungen gewachsen.

Ist der Stützpunkt nach den geplanten Modernisierungsmaßnahmen noch mindestens weitere 40 Jahre nutzbar?“

Seitens der CDU-Fraktion wird hierzu nachfolgender Ergänzungsantrag vorgelegt:

„Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird gebeten, einen Termin zwecks Begehung der Stützpunktfeuerwache anzusetzen.
Einzuladen wären Vertreter der Feuerwehr, die Fachplanerin sowie alle Stadtverordneten zu einer öffentlichen Sitzung des Bauausschusses.“

Frau Vorsitzende Draut übergibt ihren Vorsitz an Frau Bonifer. Sie fragt nach den zu erwartenden Kosten im Falle eines Neubaus der Feuerwehrstützpunktwache. Sie befürchtet, dass ein Neubau doppelt so teuer wird als eine Sanierung der Stützpunktfeuerwache. Anschließend übergibt Frau Bonifer den Vorsitz wieder an Frau Draut.

Herr Bürger teilt mit, dass der Verwaltung momentan keine Kostengegenüberstellung vorliegt. Diese müsse von einem Planungsbüro erstellt werden.

Herr Kaspar schlägt vor, die Kosten der in Groß-Gerau errichteten Stützpunktfeuerwache zu ermitteln. Diese könne man auf die baulichen Bedürfnisse in Gernsheim entsprechend anteilig umrechnen.

Herr Bürgermeister Bürger weist auf die Wichtigkeit hin, dass bei einer Sanierung der Stützpunktwache bauliche Erweiterungsmöglichkeiten nicht verbaut werden sollten.

Herr Kaspar bittet darum, die Stützpunktwache Gernsheim noch vor der Sitzung des Bauausschusses am 02.11.2017 zu besichtigen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Prüfantrag der FWG: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

7 Behindertengerechte Toiletten im Stadtgebiet
Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 29.08.2017, eingegangen am 31.08.2017
Vorlage: 0201/S/17

Seitens der CDU-Fraktion wird nachfolgender Prüfantrag vorgelegt:

“Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird gebeten, folgende Sachverhalte zu prüfen:

- a) Welche behindertengerechten Toiletten stehen momentan zu welchen Zeiten zur Verfügung? Dies sollte auch auf der Homepage der Schöfferstadt genannt werden.
- b) Liegen eventuell bereits Antworten der Gernsheimer Gastronomen vor, sich an dem Projekt 'nette Toilette' zu beteiligen?
- c) Im Rahmen der Planung 'Gernsheimer Ärztehaus' erbitten wir uns Antworten, was die Errichtung einer möglichst vandalismussicheren, pflegeleichten und immer öffentlichen Toilettenanlage für behinderte sowie nicht behinderte Personen kosten würde.“

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

8 Beschleunigte Lösungsvorschläge gegen LKW-Lärmbelästigung der Anwohner in der Wormser Straße
Resolutionsantrag der CDU-Fraktion vom 29.08.2017, eingegangen am 31.08.2017
Vorlage: 0202/S/17

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

“Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim fordert den Landrat des Kreises Groß-Gerau auf, ohne weiteren Verzug Maßnahmen zur Vermeidung von LKW-Lärm auf der Wormser Straße Gernsheim durchzuführen.“

Im Rahmen der Aussprache verliest Herr Bürgermeister Burger einen chronologischen Vermerk des Ordnungsamtes, aus dem hervorgeht, welche Anstrengungen seitens der Verwaltung/Ordnungsamtes bezüglich des Lärmgutachtens Wormser Straße unternommen wurden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

Belastung des Rheinwassers mit multiresistenten Keimen; Prüfung einer vierten Klärstufe

Antrag der SPD-Fraktion vom 01.09.2017, eingegangen am 06.09.2017

Vorlage: 0203/S/17

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Prüfantrag vorgelegt:

“Seit diesem Jahr fördert das Land Hessen Kläranlagen für Pilotprojekte zum Einbau einer vierten Reinigungsstufe um Arzneimittelrückstände, Pestizide und andere Mikroverunreinigungen herauszufiltern, die unter anderem auch durch die Versickerung von Rheinwasser im hessischen Ried und durch Abwasser von Haus - und Industriechemikalien eingetragen werden.

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob Möglichkeiten bestehen, für die Schöfferstadt Gernsheim Fördermittel des Landes Hessen oder sonstige Förderungen zu erlangen, um unsere Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe auszustatten.

Der Magistrat berichtet in einer Sitzung des ULF oder BA, zu der alle Stadtverordneten eingeladen werden.

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Bürgermeister Burger mit, dass unabhängig von der Rücksprache mit der Wasserbehörde die Verwaltung Kontakt mit dem Hessischen Umweltministerium aufgenommen hat, um zu klären, ob Fördermöglichkeiten ausgeschöpft werden können. Die Antwort bleibt abzuwarten.

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters schlägt Herr Fetsch vor, den Prüfantrag als erledigt zu erklären. Herr Jirele erklärt, dass der Prüfantrag im Geschäftsgang bleiben soll.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen	: 3 (2 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen	: 4 (3 CDU, 1 FDP)
Enthaltung	: -

Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim

Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung "Westlich der Andreas-Brentano-Straße" als Maßnahme der Innenentwicklung gem. § 13a Baugesetzbuch (BauGB)

- a) Vorstellung und Beratung des Bebauungsplan-Entwurfs,**
- b) Beratung und Beschlussfassung zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB**
- c) Beschlussfassung zur öffentlichen Auslegung des Planentwurfs mit Begründung**

Vorlage: 0206/S/17

Bereits im Bauausschuss am 25.09.2017 wurde eine Prüfung angeregt, ob mit der Zulassung "sonstiger nicht störender Gewerbebetriebe" im Sinne des § 4 Absatz 3 Ziffer 2 der Baunutzungsverordnung im Bereich des allgemeinen Wohngebiets mehr Nutzungsmöglichkeiten bestehen.

Herr Bürgermeister Burger verliest dazu folgende Textpassage des Bauamtsleiters Michael Pfeifer:

Fazit:

Der Bebauungsplan-Entwurf enthält für das Allgemeine Wohngebiet einen deutlich über das Wohnen hinausgehenden möglichen Zulassungskatalog. Dabei müssen alle Nutzungen gebietsverträglich sein und zudem in Einklang mit der Stellplatzverpflichtung stehen.

Eine Aufnahme der „sonstigen nicht störenden Gewerbebetriebe“ kann nicht empfohlen werden. Es werden allenfalls Randbereiche abgedeckt. Ob diese gewollt sind, muss bezweifelt werden.

Empfohlen wird hingegen, die gesetzlich nur ausnahmsweise Zulassungsfähigkeit von Anlagen für Verwaltungen in den Bebauungsplan aufzunehmen. Die gute innerstädtische Lage des Plangebiets könnte in Zukunft städtebauliche Überlegungen rechtfertigen.

BESCHLUSS:

Beschluss zu b)

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt den erstellten Abwägungsvorschlägen gemäß Anlage zu den eingegangenen Stellungnahmen der Fachbehörden (Träger öffentlicher Belange) im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 4 Abs. 1 BauGB Fassung zu.

Beschlussfassung zu c)

Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt den Magistrat, den vorliegenden Bebauungsplan-Entwurf mit der Bezeichnung „Westlich der Andreas-Brentano-Straße“ mit Begründung und Fachbeiträgen (Umweltfachbeitrag, Artenschutz, Schalluntersuchungen) gemäß § 13a Absatz 3 Ziffer 2 BauGB auf die Dauer eines Monats für die Öffentlichkeit mit der Gelegenheit zur Äußerung auszulegen. Den Zeitpunkt bestimmt der Magistrat.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar schlägt vor, über die Vorlage 0206/S/17 erst in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2017 abzustimmen. Er bittet die Verwaltung, die Stellungnahme der Bauverwaltung jedem Mitglied der Stadtverordnetenversammlung für die weiteren Beratungen zur Verfügung zu stellen. Herr Bürgermeister Burger sagt dies zu.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Vorsitzende

Schriftführerin